

### **Beschlussempfehlung**

Ausschuss  
für Haushalt und Finanzen

Hannover, den 10.12.2014

#### **Haushaltsbegleitgesetz 2015**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Berichtersteller: Abg. Dr. Stephan Siemer (CDU)  
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen und
2. die Einsender der in die Beratung einbezogenen Eingaben 01282, 01378 und 01416 jeweils über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Markus Brinkmann  
Stellvertretender Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

### Haushaltsbegleitgesetz 2015

#### Artikel 1 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich

Das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a werden die Worte „Rennwett- und Lotteriesteuer“ durch die Worte „Lotteriesteuer, der Rennwett- und einer sonstigen Sportwettsteuer“ ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 wird die Zahl „51,4“ durch die Zahl „50,9“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 wird die Zahl „48,6“ durch die Zahl „49,1“ ersetzt.

### Haushaltsbegleitgesetz 2015

#### Artikel 1 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich

Das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 **wird wie folgt geändert:**

a) In Satz 1 Nr. 1 Buchst. a werden die Worte „Rennwett- und Lotteriesteuer“ durch die Worte „Lotteriesteuer, der Rennwett- und einer sonstigen Sportwettsteuer“ ersetzt.

b) **Satz 2 wird wie folgt geändert:**

aa) **Am Ende der Nummer 2 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.**

bb) **Am Ende der Nummer 3 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.**

cc) **Es wird die folgende Nummer 4 angefügt:**

**„4. einen mit dem einheitlich durch Gesetz festgelegten Vomhundertsatz nach Satz 1 Nr. 1 multiplizierten Betrag in Höhe von 45 000 000 Euro im Jahr 2015 zur anteiligen Finanzierung der Entlastung von Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern.“**

2. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

- |   |   |
|---|---|
| <p>b) Absatz 2, zweiter Satzteil, wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 wird die Zahl "50,9" durch die Zahl "50,4" ersetzt.</p> <p>bb) in Nummer 2 wird die Zahl "49,1" durch die Zahl "49,6" ersetzt.</p> <p>3. § 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Zahl "63,1" durch die Zahl "65,9" und die Zahl "25,8" durch die Zahl "23" ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 2 wird die Zahl "63,1" durch die Zahl "65,9" ersetzt.</p> <p>b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 werden die Zahl "61,8" durch die Zahl "64,6" und die Zahl "27,3" durch die Zahl "24,6" ersetzt.</p> <p>bb) In Nummer 2 werden die Zahl "61,8" durch die Zahl "64,6" und die Zahl "10,9" durch die Zahl "10,8" ersetzt.</p> <p>4. § 21 Abs. 4 Satz 3 wird gestrichen.</p> | <p>3. <i>unverändert</i></p> <p>4. <i>unverändert</i></p> |
|---|---|

Artikel 2  
Änderung des Niedersächsischen  
Finanzverteilungsgesetzes

§ 2 des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 12 wird am Ende das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
2. In Nummer 13 werden die Zahl "49,04" durch die Zahl "49,50" und die Zahl "53,39" durch die Zahl "53,89" ersetzt und am Ende ein Komma angefügt.
3. Es wird die folgende Nummer 14 eingefügt:

Artikel 2  
Änderung des Niedersächsischen  
Finanzverteilungsgesetzes

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

„14. ab dem Haushaltsjahr 2016 für kreisfreie Städte 50,49 Euro und für Landkreise 54,96 Euro“.

#### Artikel 3

##### Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215), wird wie folgt geändert:

1. In § 24 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „zustünden“ ein Komma und die Worte „mindestens jedoch 150 Euro monatlich“ eingefügt.
2. Die Anlage 1 (zu § 2) wird wie folgt geändert:
  - a) In der Niedersächsischen Besoldungsordnung A wird in der Besoldungsgruppe 15 dem Amt „Realschulrektorin, Realschulrektor“ der Funktionszusatz „- als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung -“ angefügt.
  - b) In der Niedersächsischen Besoldungsordnung B wird in der Besoldungsgruppe 2 das Amt „Direktorin, Direktor des Servicezentrums Landentwicklung und Agrarförderung“ eingefügt.

#### Artikel 3

##### Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*
2. Die Anlage 1 (zu § 2) wird wie folgt geändert:
  - a) *unverändert*
  - b) **Die Niedersächsische Besoldungsordnung B wird wie folgt geändert:**
    - aa) In der Besoldungsgruppe 2 **wird** das Amt „Direktorin **oder** Direktor des Servicezentrums Landentwicklung und Agrarförderung“ eingefügt.
    - bb) **In der Besoldungsgruppe 6 wird das Amt „Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für den Datenschutz“ gestrichen.**
    - cc) **In der Besoldungsgruppe 7 wird das Amt „Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für den Datenschutz“ eingefügt.**

*Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen*

Artikel 4

Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungs-  
anpassungsgesetz 2015/2016

§ 1

Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten des Landes, der Kommunen des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richterinnen und Richter des Landes mit Wirkung vom 1. Juni 2015 und 1. Juni 2016; ausgenommen sind die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, und die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

§ 2

Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge  
im Jahr 2015

(1) Um 2,5 Prozent werden mit Wirkung vom 1. Juni 2015 erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466), und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 6 der Vorbemerkungen der Anlage 1 zum Niedersächsischen Besoldungsgesetz in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom ... Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. ...),
4. die Anwärtergrundbeträge,
5. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
  - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,

Artikel 4

Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungs-  
anpassungsgesetz 2015/2016 (**NBVAnpG 2015/2016**)

*(im Übrigen unverändert)*

*Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*

- b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
6. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
  7. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3926),
  8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
  9. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes,
  10. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen des Auslandszuschlags,
  11. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach Anlage 10 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und
  12. die Zuschläge nach den §§ 58 bis 61 des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215).

(2) <sup>1</sup>Die Erhöhung nach Absatz 1 gilt entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung zugrunde liegt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. <sup>3</sup>Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Juni 2015 um 2,4 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. <sup>4</sup>Satz 3 gilt entsprechend für

*Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen*

1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern und
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

<sup>5</sup>Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um 57,38 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

### § 3

Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge  
im Jahr 2016

<sup>1</sup>Um 2,0 Prozent werden mit Wirkung vom 1. Juni 2016 die sich aus § 2 Abs. 1 ergebenden Bezügebestandteile und die Versorgungsbezüge nach § 2 Abs. 2 Sätze 1 und 2 erhöht. <sup>2</sup>Die Versorgungsbezüge, die sich aus § 2 Abs. 2 Sätze 3 und 4 ergeben, werden ab 1. Juni 2016 um 1,9 Prozent erhöht. <sup>3</sup>Das sich aus § 2 Abs. 2 Satz 5 ergebende Grundgehalt vermindert sich ab 1. Juni 2016 um 58,53 Euro.

### Artikel 5

Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Besoldungsgesetzes

Die Anlagen 2 bis 10 (zu § 12 Abs. 1) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:

### Artikel 5

Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Besoldungsgesetzes

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 2**

Gültig ab 1. Juni 2015

**1. Besoldungsordnung A**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus												
	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		11		12		
	Stufe																								
A 2	1 815,44	1 858,27	1 901,13	1 943,95	1 986,78	2 029,64	2 072,49	2 115,34	2 158,18	2 201,03	2 243,87	2 286,72	2 329,56	2 372,41	2 415,25	2 458,10	2 500,94	2 543,79	2 586,63	2 629,48	2 672,32	2 715,17	2 758,01	2 800,86	2 843,70
A 3	1 889,42	1 935,01	1 980,59	2 026,15	2 071,75	2 117,34	2 162,91	2 208,47	2 254,04	2 300,00	2 345,56	2 391,12	2 436,68	2 482,24	2 527,80	2 573,36	2 618,92	2 664,48	2 710,04	2 755,60	2 801,16	2 846,72	2 892,28	2 937,84	2 983,40
A 4	1 931,38	1 985,07	2 038,71	2 092,38	2 146,04	2 199,74	2 253,35	2 307,01	2 360,67	2 414,33	2 468,00	2 521,66	2 575,32	2 628,98	2 682,64	2 736,30	2 790,00	2 843,70	2 897,40	2 951,10	3 004,80	3 058,50	3 112,20	3 165,90	3 219,60
A 5	1 946,66	2 015,38	2 068,76	2 122,15	2 175,54	2 228,93	2 282,32	2 335,72	2 389,11	2 442,50	2 495,89	2 549,28	2 602,67	2 656,06	2 709,45	2 762,84	2 816,23	2 869,62	2 923,01	2 976,40	3 029,79	3 083,18	3 136,57	3 189,96	3 243,35
A 6	1 991,77	2 050,40	2 109,03	2 167,64	2 226,24	2 284,88	2 343,50	2 402,13	2 460,73	2 519,36	2 578,00	2 636,63	2 695,26	2 753,89	2 812,52	2 871,15	2 929,78	2 988,41	3 047,04	3 105,67	3 164,30	3 222,93	3 281,56	3 340,19	3 398,82
A 7	2 077,46	2 130,14	2 203,91	2 277,67	2 351,44	2 425,20	2 498,98	2 551,65	2 604,32	2 657,00	2 709,67	2 762,34	2 815,01	2 867,68	2 920,35	2 973,02	3 025,69	3 078,36	3 131,03	3 183,70	3 236,37	3 289,04	3 341,71	3 394,38	3 447,05
A 8		2 204,99	2 268,02	2 362,55	2 457,08	2 551,60	2 646,16	2 709,18	2 772,17	2 835,20	2 898,21	2 961,22	3 024,23	3 087,24	3 150,25	3 213,26	3 276,27	3 339,28	3 402,29	3 465,30	3 528,31	3 591,32	3 654,33	3 717,34	3 780,35
A 9		2 346,50	2 408,51	2 509,39	2 610,28	2 711,18	2 812,07	2 881,40	2 950,79	3 020,13	3 090,00	3 160,00	3 230,00	3 300,00	3 370,00	3 440,00	3 510,00	3 580,00	3 650,00	3 720,00	3 790,00	3 860,00	3 930,00	4 000,00	4 070,00
A 10		2 525,14	2 611,30	2 740,55	2 869,84	2 999,09	3 128,35	3 214,52	3 300,69	3 386,85	3 473,03	3 559,20	3 645,37	3 731,54	3 817,71	3 903,88	3 990,05	4 076,22	4 162,39	4 248,56	4 334,73	4 420,90	4 507,07	4 593,24	4 679,41
A 11			2 904,45	3 036,88	3 169,32	3 301,78	3 434,23	3 522,55	3 610,83	3 699,15	3 787,44	3 875,73	3 964,02	4 052,31	4 140,60	4 228,89	4 317,18	4 405,47	4 493,76	4 582,05	4 670,34	4 758,63	4 846,92	4 935,21	5 023,50
A 12			3 120,44	3 278,36	3 436,24	3 594,18	3 752,08	3 857,36	3 962,61	4 067,90	4 173,16	4 278,45	4 383,74	4 489,03	4 594,32	4 700,00	4 805,68	4 911,36	5 017,04	5 122,72	5 228,40	5 334,08	5 439,76	5 545,44	5 651,12
A 13			3 507,07	3 677,60	3 848,13	4 018,64	4 189,14	4 302,84	4 416,52	4 530,20	4 643,89	4 757,57	4 871,25	4 984,94	5 098,62	5 212,30	5 326,00	5 439,70	5 553,40	5 667,10	5 780,80	5 894,50	6 008,20	6 121,90	6 235,60
A 14			3 648,33	3 869,49	4 090,60	4 311,71	4 532,84	4 680,26	4 827,68	4 975,07	5 122,51	5 269,95	5 417,39	5 564,83	5 712,27	5 859,71	6 007,15	6 154,59	6 302,03	6 449,47	6 596,91	6 744,35	6 891,79	7 039,23	7 186,67
A 15						4 737,36	4 980,45	5 174,96	5 369,44	5 563,94	5 758,44	5 952,92	6 147,40	6 341,88	6 536,36	6 730,84	6 925,32	7 119,80	7 314,28	7 508,76	7 703,24	7 897,72	8 092,20	8 286,68	8 481,16
A 16						5 227,89	5 509,04	5 733,99	5 958,95	6 183,89	6 408,81	6 633,74	6 858,68	7 083,62	7 308,56	7 533,50	7 758,44	7 983,38	8 208,32	8 433,26	8 658,20	8 883,14	9 108,08	9 332,99	9 557,93



Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Gültig ab 1. Juni 2015

## 2. Besoldungsordnung B

### Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5 952,92
B 2	6 918,34
B 3	7 327,02
B 4	7 755,12
B 5	8 246,22
B 6	8 709,98
B 7	9 161,12
B 8	9 631,31
B 9	10 114,39
B 10	11 909,41

Gültig ab 1. Juni 2015

## 3. Besoldungsordnung W

### Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 137,82	5 369,44	5 841,21

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Gültig ab 1. Juni 2015

**4. Besoldungsordnung R**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
R 1	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 2	3 763,26	3 933,78	4 023,55	4 255,12	4 486,67	4 718,25	4 949,82	5 181,40	5 412,95	5 644,54	5 876,09	6 107,67
R 3	7 327,02		4 577,89	4 809,44	5 041,02	5 272,58	5 504,16	5 735,71	5 967,28	6 198,82	6 430,41	6 661,95
R 4	7 755,12											
R 5	8 246,22											
R 6	8 709,98											
R 7	9 161,12											
R 8	9 631,31											

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 3**

Gültig ab 1. Juni 2015  
**Besoldungsordnung C**

**Grundgehaltssätze**  
 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 279,73	3 393,42	3 507,07	3 620,75	3 734,45	3 848,13	3 961,80	4 075,47	4 189,14	4 302,84	4 416,52	4 530,20	4 643,89	4 757,57	
C 2	3 286,79	3 467,97	3 649,14	3 830,35	4 011,48	4 192,66	4 373,83	4 555,01	4 736,17	4 917,34	5 098,48	5 279,66	5 460,82	5 642,01	5 823,18
C 3	3 615,10	3 820,24	4 025,38	4 230,53	4 435,66	4 640,81	4 845,90	5 051,06	5 256,19	5 461,33	5 666,45	5 871,58	6 076,70	6 281,84	6 486,98
C 4	4 580,86	4 787,06	4 993,27	5 199,49	5 405,71	5 611,91	5 818,12	6 024,30	6 230,52	6 436,72	6 642,95	6 849,15	7 055,38	7 261,57	7 467,79

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 4**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Beamtin oder der Beamte im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	
A 2 bis A 4	912,64
A 5 bis A 8	1 039,97
A 9 bis A 11	1 096,89
A 12	1 244,27
A 13	1 277,80
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 314,62

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 5**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	120,62	228,93
übrige Besoldungsgruppen	126,66	234,97

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 108,31 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 296,57 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 6**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Amtszulagen und allgemeine Stellenzulage**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Amtszulagen**

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 21		213,47
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
A 2	1	36,80
	3	67,87
A 3	1, 5	67,87
	2	36,80
	7	34,29
A 4	1, 4	67,87
	2	36,80
	5	7,39
A 5	3	36,80
	4, 6	67,87
A 6	6	36,80
A 7	2	45,68
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2	58,88
A 9	2, 3, 6	273,96
A 12	7, 8	159,12
A 13	6	127,25
	7	190,89
	11, 12, 13	278,40
A 14	5	190,89
A 15	7	190,89

**Allgemeine Stellenzulage**

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		19,70
Doppelbuchstabe bb		77,08
Buchstabe b		85,68
Buchstabe c		85,68
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		57,39
Buchstabe b und c		85,68
<b>Niedersächsische Besoldungsordnungen A, B, C, W und R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 6		85,68

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 7**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Stellenzulagen und Zulagen**  
(Monatsbeträge in Euro)  
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b>		
Vor <b>e</b> mer <b>k</b> un <b>g</b> en		
Nummer 2 b		85,68
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrund- gehalts oder, bei festen Gehältern, des Grund- gehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte		
der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		205,54
der Besoldungsgruppe R 2		230,08
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
C 2	1	104,32

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen**Anlage 8**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Amtszulagen und Stellenzulagen  
nach Anlage 1 zum NBesG  
(Monatsbeträge in Euro)**

Dem Grunde nach geregelt in		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	2	67,87
A 9	1	273,96
A 10	3	127,25
A 12	2	73,61
A 12	3	159,12
A 13	2	190,89
A 13	5	89,80
A 13	7	159,12
A 13	8	47,27
A 14	1	47,27
A 14	3	190,89
A 15	3	190,89
A 10 Anhang	2	127,25
A 10 Anhang	3	124,73
A 12 Anhang	1	73,61
A 13 Anhang	1	127,25
A 16 Anhang	1	213,47
B 9	1	783,45
R 1	1 bis 5	211,03
R 2	1 bis 4, 6, 9, 10	211,03
R 3	5, 7	211,03

**Zulage für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte  
bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes  
sowie bei obersten Bundesbehörden**

Dem Grunde nach geregelt in	
Vorbemerkung Nummer 7	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
a) für Richterinnen, Richter, Staats- anwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8	R 8
b) für Richterinnen, Richter, Staats- anwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt nicht übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8	B 8

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes  
vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).



Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 9**

**Auslandsbesoldung**  
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Juni 2015

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grundgehaltsspanne															
von –	1 968,88	1 968,89	2 231,41	2 529,70	2 868,60	3 253,67	3 691,18	4 188,30	4 753,14	5 394,93	6 124,12	6 952,67	7 894,07	8 963,70	10 179,02
bis	1 968,88	2 231,40	2 529,69	2 868,59	3 253,66	3 691,17	4 188,29	4 753,13	5 394,92	6 124,11	6 952,66	7 894,06	8 963,69	10 179,01	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 10**

Gültig ab 1. Juni 2015

**Mehrarbeitsvergütung**  
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	11,99
A 5 bis A 8	14,16
A 9 bis A 12	19,42
A 13 bis A 16	26,79
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	18,07
Nummer 2	22,42
Nummer 3	26,59
Nummern 4 und 5	31,07 "

*Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen*

Artikel 6  
Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Besoldungsgesetzes

Artikel 6  
Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Besoldungsgesetzes

Die Anlagen 2 bis 10 (zu § 12 Abs. 1) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:

*unverändert*



Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Gültig ab 1. Juni 2016

**2. Besoldungsordnung B**

**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	6 071,98
B 2	7 056,71
B 3	7 473,56
B 4	7 910,22
B 5	8 411,14
B 6	8 884,18
B 7	9 344,34
B 8	9 823,94
B 9	10 316,68
B 10	12 147,60

Gültig ab 1. Juni 2016

**3. Besoldungsordnung W**

**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 220,58	5 476,83	5 958,03

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Gültig ab 1. Juni 2016  
**4. Besoldungsordnung R**

**Grundgehaltssätze**  
 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
R 1	3 838,53	4 012,46	4 104,02	4 340,22	4 576,40	4 812,62	5 048,82	5 285,03	5 521,21	5 757,43	5 993,61	6 229,82
R 2		4 669,45	4 905,63	5 141,84	5 378,03	5 614,24	5 850,42	6 086,63	6 322,80	6 559,02	6 795,19	
R 3	7 473,56											
R 4	7 910,22											
R 5	8 411,14											
R 6	8 884,18											
R 7	9 344,34											
R 8	9 823,94											

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 3**

Gültig ab 1. Juni 2016  
**Besoldungsordnung C**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 345,32	3 461,29	3 577,21	3 693,17	3 809,14	3 925,09	4 041,04	4 156,98	4 272,92	4 388,90	4 504,85	4 620,80	4 736,77	4 852,72	4 968,67
C 2	3 352,53	3 537,33	3 722,12	3 906,96	4 091,71	4 276,51	4 461,31	4 646,11	4 830,89	5 015,69	5 200,45	5 385,25	5 570,04	5 754,85	5 939,64
C 3	3 687,40	3 896,64	4 105,89	4 315,14	4 524,37	4 733,63	4 942,82	5 152,08	5 361,31	5 570,56	5 779,78	5 989,01	6 198,23	6 407,48	6 616,72
C 4	4 672,48	4 882,80	5 093,14	5 303,48	5 513,82	5 724,15	5 934,48	6 144,79	6 355,13	6 565,45	6 775,81	6 986,13	7 196,49	7 406,80	7 617,15

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 4**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Beamtin oder der Beamte im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	
A 2 bis A 4	930,89
A 5 bis A 8	1 060,77
A 9 bis A 11	1 118,83
A 12	1 269,16
A 13	1 303,36
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 340,91



Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 5**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	123,04	233,51
übrige Besoldungsgruppen	129,20	239,67

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 110,47 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 302,50 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen**Anlage 6**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Amtszulagen und allgemeine Stellenzulage**  
(Monatsbeträge in Euro)

<b>Amtszulagen</b>		
Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 21		217,74
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
A 2	1	37,54
	3	69,23
A 3	1, 5	69,23
	2	37,54
	7	34,98
A 4	1, 4	69,23
	2	37,54
	5	7,54
A 5	3	37,54
	4, 6	69,23
A 6	6	37,54
A 7	2	46,59
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2	60,06
A 9	2, 3, 6	279,44
A 12	7, 8	162,30
A 13	6	129,80
	7	194,71
	11, 12, 13	283,97
A 14	5	194,71
A 15	7	194,71
<b>Allgemeine Stellenzulage</b>		
Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		20,09
Doppelbuchstabe bb		78,62
Buchstabe b		87,39
Buchstabe c		87,39
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		58,54
Buchstabe b und c		87,39
<b>Niedersächsische Besoldungsordnungen A, B, C, W und R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 6		87,39

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 7**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Stellenzulagen und Zulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 b		87,39
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrund- gehalts oder, bei festen Gehältern, des Grund- gehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte		
der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		205,54
der Besoldungsgruppe R 2		230,08
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
C 2	1	104,32

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes  
vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 8**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Amtszulagen und Stellszulagen  
nach Anlage 1 zum NBesG  
(Monatsbeträge in Euro)**

Dem Grunde nach geregelt in		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	2	69,23
A 9	1	279,44
A 10	3	129,80
A 12	2	75,08
A 12	3	162,30
A 13	2	194,71
A 13	5	91,60
A 13	7	162,30
A 13	8	47,27
A 14	1	47,27
A 14	3	194,71
A 15	3	194,71
A 10 Anhang	2	129,80
A 10 Anhang	3	127,22
A 12 Anhang	1	75,08
A 13 Anhang	1	129,80
A 16 Anhang	1	217,74
B 9	1	799,12
R 1	1 bis 5	215,25
R 2	1 bis 4, 6, 9, 10	215,25
R 3	5, 7	215,25

**Zulage für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte  
bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes  
sowie bei obersten Bundesbehörden**

Dem Grunde nach geregelt in	
Vorbemerkung Nummer 7	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
a) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8	R 8
b) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt nicht übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8	B 8

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**Anlage 9**

**Auslandsbesoldung**  
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Juni 2016

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grundgehalts- spanne von – bis	2 008,26	2 276,03	2 580,28	2 925,96	3 318,73	3 764,99	4 272,06	4 848,19	5 502,82	6 246,59	7 091,71	8 051,94	9 142,96	10 382,59	10 382,60

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 10**

Gültig ab 1. Juni 2016

**Mehrarbeitsvergütung**  
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	12,23
A 5 bis A 8	14,44
A 9 bis A 12	19,81
A 13 bis A 16	27,33
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	18,43
Nummer 2	22,87
Nummer 3	27,12
Nummern 4 und 5	31,69

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Artikel 7  
Änderung des Niedersächsischen Beamten-  
versorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215), erhält folgende Fassung:

**„Anlage**  
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. Juni 2015

**Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61**

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,51 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a  
0,83 Euro,
2. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b  
0,64 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,68 Euro, für weitere Monate 0,83 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer oder eines

1. Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs - SGB XI -), wenn sie oder er mindestens
  - a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
2,01 Euro,
  - b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,52 Euro,
  - c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,01 Euro;

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

2. Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI), wenn sie oder er mindestens
  - a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,34 Euro,
  - b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
0,91 Euro;
3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI)  
0,67 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,83 Euro.“

#### Artikel 8

Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 7 dieses Gesetzes, erhält folgende Fassung:

**„Anlage**  
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. Juni 2016

#### Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,56 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a  
0,85 Euro,
2. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b  
0,65 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,71 Euro, für weitere Monate 0,85 Euro.

#### Artikel 8

Weitere Änderung des Niedersächsischen  
Beamtenversorgungsgesetzes

*unverändert*



Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

(4) Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer oder eines

1. Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs - SGB XI -), wenn sie oder er mindestens
  - a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
2,05 Euro,
  - b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,55 Euro,
  - c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,03 Euro;
2. Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI), wenn sie oder er mindestens
  - a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
1,37 Euro,
  - b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,  
0,93 Euro;
3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI)  
0,68 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,85 Euro.“

Artikel 9  
Änderung des Niedersächsischen  
Versorgungsrücklagengesetzes

§ 6 Abs. 3 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 402), erhält folgende Fassung:

„(3) Für die Haushaltsjahre ab 2014 müssen Zuführungen an das Sondervermögen nicht mehr geleistet werden.“

Artikel 9  
Änderung des Niedersächsischen  
Versorgungsrücklagengesetzes

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

#### Artikel 10

##### Änderung des Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen

§ 5 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen vom 13. Dezember 2007 (Nds. GVBl. S. 712), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Juni 2014 (Nds. GVBl. S. 168), erhält folgende Fassung:

- „3. Gewährung von Darlehen und anderen Finanzierungsformen an Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände;“.

#### Artikel 11

##### Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in der Fassung vom 7. Februar 2002 (Nds. GVBl. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. November 2012 (Nds. GVBl. S. 417), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 2 Halbsatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Sozialassistentin“ und dem Wort „Sozialassistent“ die Worte „mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik“ eingefügt.
  - b) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:
 

„<sup>3</sup>In jeder Krippengruppe mit mindestens elf belegten Plätzen muss darüber hinaus ab dem 1. August 2020 eine dritte Fach- oder Betreuungskraft regelmäßig tätig sein. <sup>4</sup>Sie muss Sozialassistentin mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, Sozialassistent mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik oder eine sozialpädagogische Fachkraft sein.“
  - c) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 5 und 6.
  - d) Im neuen Satz 6 werden nach dem Wort „zweite“ die Worte „oder dritte“ eingefügt.

#### Artikel 10

##### Änderung des Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen

§ 5 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen vom 13. Dezember 2007 (Nds. GVBl. S. 712), **zuletzt** geändert durch **Artikel 10** des Gesetzes vom **##. Dezember 2014** (Drs. 17/1585) (Nds. GVBl. S. ###), erhält folgende Fassung:

- „3. Gewährung von Darlehen und anderen Finanzierungsformen an **kommunale** Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände;“.

#### Artikel 11

##### Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in der Fassung vom 7. Februar 2002 (Nds. GVBl. S. 57), zuletzt geändert durch **Artikel 4 des Gesetzes vom ##. Dezember 2014** (Drs. 17/1562) (Nds. GVBl. S. ###), wird wie folgt geändert:

1. § 4 \_\_\_\_ wird wie folgt geändert:
  - a) In **Absatz 3** Satz 2 Halbsatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Sozialassistentin“ und dem Wort „Sozialassistent“ die Worte „mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik“ eingefügt.
  - b) **Es wird der folgende neue Absatz 4** eingefügt:
 

„**(4)** <sup>1</sup>In jeder Krippengruppe mit mindestens elf belegten Plätzen muss darüber hinaus ab dem 1. August 2020 eine dritte Fach- oder Betreuungskraft regelmäßig tätig sein. <sup>2</sup>Sie muss Sozialassistentin mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, Sozialassistent mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik oder eine sozialpädagogische Fachkraft sein. <sup>3</sup>**Absatz 3 Sätze 3 und 4 gilt entsprechend, Satz 4 jedoch nur, wenn er nicht bereits auf die zweite Kraft angewandt wurde.**“
  - c) **Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.**
  - d) **wird gestrichen** (jetzt in Buchst. b als Satz 3)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

2. In § 5 Abs. 2 werden die Worte „zweiten Kräften in den Gruppen“ durch die Worte „weiteren Kräften nach § 4 Abs. 3“ ersetzt.

3. In § 16 Abs. 3 werden die Worte „zweiten Kräfte“ durch die Worte „zweite und die dritte Kraft“ ersetzt.

4. § 16 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:

Die Worte „Krippen und Kleine“ werden durch die Worte „Kräfte in Krippengruppen und in Kleinen“ ersetzt und die Worte „in Höhe von 46 vom Hundert ab 1. Februar 2013 und“ sowie die Worte „ab 1. August 2013“ werden gestrichen.

bb) Es werden die folgenden Sätze 2 bis 5 angefügt:

„<sup>2</sup>Für eine dritte regelmäßig tätige Fachoder Betreuungskraft nach § 4 Abs. 3 Satz 3 gewährt das Land abweichend von Satz 1 eine Finanzhilfe in Höhe von 100 vom Hundert. <sup>3</sup>Die Finanzhilfe nach Satz 2 wird für die vertraglich zu erbringenden Wochenarbeitsstunden, höchstens jedoch für die Betreuungszeit der Krippengruppe, nicht aber für mehr als 20 Stunden (Höchststundenzahl) wöchentlich je Krippengruppe gewährt. <sup>4</sup>In der Höchststundenzahl können höchstens 2,5 Stunden als Verfügungszeit bei der Bemessung der Finanzhilfe berücksichtigt werden. <sup>5</sup>Die Höchststundenzahl erhöht sich ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 jährlich um drei Stunden; ab dem 1. August 2020 wird die Finanzhilfe ohne Beschränkung auf eine Höchststundenzahl gewährt.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In **Absatz 2** werden die Worte „zweiten Kräften in den Gruppen“ durch die Worte „weiteren Kräften nach § 4 Abs. 3 **und 4**“ ersetzt.

b) In **Absatz 3 Satz 2** wird die Angabe „§ 4 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 5“ ersetzt.

3. In § 16 Abs. 3 werden die Worte „**und** zweiten Kräfte“ durch die Worte „**sowie für die** zweite und die dritte Kraft“ ersetzt.“

4. § 16 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) *unverändert*

bb) Es werden die folgenden Sätze 2 bis 5 angefügt:

„<sup>2</sup>Für eine dritte regelmäßig tätige Fachoder Betreuungskraft nach § 4 **Abs. 4 Satz 1** gewährt das Land abweichend von Satz 1 eine Finanzhilfe in Höhe von 100 vom Hundert. <sup>3</sup>Die Finanzhilfe nach Satz 2 wird für die vertraglich zu erbringenden Wochenarbeitsstunden, höchstens jedoch für die Betreuungszeit der Krippengruppe, nicht aber für mehr als 20 Stunden (Höchststundenzahl) wöchentlich je Krippengruppe gewährt. <sup>4</sup>In der Höchststundenzahl können höchstens 2,5 Stunden als Verfügungszeit bei der Bemessung der Finanzhilfe berücksichtigt werden. <sup>5</sup>Die Höchststundenzahl erhöht sich ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 jährlich um drei Stunden; ab dem 1. August 2020 wird die Finanzhilfe ohne Beschränkung auf eine Höchststundenzahl gewährt.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

- b) In Absatz 2 werden die Worte „ab 1. Februar 2013 um 2,0 vom Hundert je Kind und ab 1. August 2013“ gestrichen.

- b) *unverändert*

5. Dem § 23 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) § 4 Abs. 3 Satz 2 gilt nicht für Fach- oder Betreuungskräfte, welche Sozialassistentinnen und Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Haus- und Familienpflege oder Persönliche Assistenz sind und am 31. Dezember 2014 als Fach- oder Betreuungskraft beschäftigt sind; die §§ 16 und 16 a gelten entsprechend.

(4) <sup>1</sup>§ 4 Abs. 4 Sätze 2 und 3 gilt in einer Krippengruppe nicht für dritte Fach- oder Betreuungskräfte, welche

1. Sozialassistentinnen und Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Haus- und Familienpflege oder Persönliche Assistenz,
2. Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger,
3. Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger sowie
4. andere als die in den Nummern 1 bis 3 genannten und nicht im Sinne des § 4 geeignete Fach- oder Betreuungskräfte

sind und mindestens seit dem 1. September 2014 ununterbrochen bis zum 31. Dezember 2014 als Fach- oder Betreuungskraft in einer Krippengruppe tätig waren; § 16 a Abs. 1 Sätze 2 bis 5 gilt entsprechend. <sup>2</sup>Für Kräfte nach Satz 1 Nr. 4 wird eine Finanzhilfe längstens bis zum 31. Juli 2020 gewährt.“

#### Artikel 12

Änderung der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe

§ 5 der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe vom 16. Juli 2002 (Nds. GVBl. S. 353), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. November 2012 (Nds. GVBl. S. 469), wird wie folgt geändert:

#### Artikel 12

Änderung der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe

§ 5 der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe vom 16. Juli 2002 (Nds. GVBl. S. 353), zuletzt geändert durch **Artikel 5 des Gesetzes vom ##. Dezember 2014** (Drs. 17/1562) (Nds. GVBl. S. ###), wird wie folgt geändert:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

„<sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 sind für die Berechnung des Finanzhilfebetrags für die Fach- und Betreuungskräfte nach § 4 Abs. 3 Satz 3 KiTaG anstelle der vertraglich zu erbringenden regelmäßigen Wochenarbeitsstunden die Stunden zugrunde zu legen, für die nach § 16 a Abs. 1 Sätze 3 bis 5 KiTaG Finanzhilfe gewährt wird.“

b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

c) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „Satz 1“ durch die Worte „den Sätzen 1 und 2“ ersetzt.

2. Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 Buchst. a wird das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ ersetzt.

b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe a werden das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ und am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird der folgende neue Buchstabe b eingefügt:

„b) in einer Krippengruppe als dritte Fach- oder Betreuungskraft oder“.

cc) Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

„<sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 sind für die Berechnung des Finanzhilfebetrags für die Fach- und Betreuungskräfte nach § 4 **Abs. 4 Satz 1** KiTaG anstelle der vertraglich zu erbringenden regelmäßigen Wochenarbeitsstunden die Stunden zugrunde zu legen, für die nach § 16 a Abs. 1 Sätze 3 bis 5 KiTaG Finanzhilfe gewährt wird.“

b) *unverändert*

c) *unverändert*

2. Absatz 3 \_\_\_\_\_ wird wie folgt geändert:

**a) Satz 1 wird wie folgt geändert:**

**aa)** In Nummer 1 Buchst. a wird das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ ersetzt.

**bb)** Nummer 2 wird wie folgt geändert:

**aaa)** In Buchstabe a werden das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ und am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

**bbb)** Es wird der folgende neue Buchstabe b eingefügt:

„b) in einer Krippengruppe als dritte Fach- oder Betreuungskraft oder“.

**ccc)** Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.

**b) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:**

„<sup>3</sup>Auf den Personenkreis nach § 23 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 KiTaG ist Satz 1 Nr. 2 und auf den Personenkreis nach § 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 KiTaG ist Satz 1 Nr. 3 anzuwenden.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Artikel 13  
Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes

Das Niedersächsische Wassergesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. August 2014 (Nds. GVBl. S. 236), wird wie folgt geändert:

1. § 28 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:
 

„5. Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele für das Grundwasser nach § 47 WHG,“.
  - b) Die bisherigen Nummern 5 bis 9 werden Nummern 6 bis 10.
2. Die Anlage 2 (zu § 22 Abs. 1) erhält folgende Fassung:

„Anlage 2  
(zu § 22 Abs. 1)

**Verzeichnis der Gebühren für Wasserentnahmen**

Nr.	Verwendungszweck	Gebührensatz (Euro je Kubikmeter)
1.	Öffentliche Wasserversorgung	0,075
2.	Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern	
2.1	zur Kühlung	0,013
2.2	zur Beregnung und Berieselung	0,007
2.3	zu sonstigen Zwecken	0,030
3.	Entnehmen, Zutagefördern, und Ableiten von Grundwasser	Zutageleiten
3.1	zur Wasserhaltung	0,037
3.2	zur Kühlung	0,037
3.3	zur Beregnung und Berieselung	0,007
3.4	zur Fischhaltung	0,004
3.5	zu sonstigen Zwecken	0,090“.

Artikel 13  
Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Artikel 13/1**  
**Änderung des Artikels 1 Nr. 4 des**  
**Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen**  
**Pflegegesetzes vom 25. September 2014**

In Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung  
des Niedersächsischen Pflegegesetzes vom  
25. September 2014 (Nds. GVBl. S. 266) erhält § 12 a  
folgende Fassung:

**„§ 12 a**  
**Erhebung personenbezogener Daten**

<sup>1</sup>Die nach § 12 Abs. 1 für die Förderung zustän-  
digen Stellen können im Rahmen des Antrags- und  
des Abrechnungsverfahrens bei den Pflegeeinrich-  
tungen Namen und Pflegestufe der pflegebedürfti-  
gen Personen sowie Daten über Art und Umfang der  
abgerechneten Leistungen erheben, um die Förder-  
fähigkeit der Pflegeeinrichtungen nach § 9 oder § 10  
dem Grunde oder der Höhe nach im Einzelfall zu  
überprüfen. <sup>2</sup>Die Pflegeeinrichtungen sind verpflich-  
tet, die nach Satz 1 bei ihnen angeforderten Daten zu  
übermitteln.“

**Artikel 13/2**  
**Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur**  
**Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetz-**  
**buchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes**

In § 4 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Ge-  
setzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozi-  
algesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeld-  
gesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl.  
S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Geset-  
zes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310),  
werden nach dem Wort „Hundert“ ein Komma und  
die Worte „in den Jahren 2015 bis 2017 30,1 vom  
Hundert,“ eingefügt.

**Artikel 13/3**  
**Änderung des Gesetzes zur Errichtung der**  
**Niedersächsischen Technischen Hochschule**

Dem Gesetz zur Errichtung der Niedersächsi-  
schen Technischen Hochschule vom 15. Dezember  
2008 (Nds. GVBl. S. 416), geändert durch Artikel 3  
des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 242),  
wird der folgende § 12 angefügt:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**„§ 12  
Nichtanwendung**

(1) <sup>1</sup>Die §§ 1 bis 11 und die Ordnungen der NTH sind im Jahr 2015 nicht anzuwenden. <sup>2</sup>Die Mitgliedschaften in den Organen der NTH und in der NTH-Studienkommission sowie die Amtszeit der Studiendekanin enden mit Ablauf des 31. Dezember 2014.

(2) <sup>1</sup>Vorhaben der NTH und gemeinsame Vorhaben der Mitgliedsuniversitäten der NTH in Forschung und Lehre bleiben von Absatz 1 unberührt. <sup>2</sup>Vorhaben der NTH werden im Jahr 2015 von der Mitgliedsuniversität fortgeführt, die das Vorhaben hauptsächlich betreibt. <sup>3</sup>Sind sich die Mitgliedsuniversitäten nicht darüber einig, wer das Vorhaben fortführt, so entscheidet das Fachministerium nach Anhörung der am Vorhaben beteiligten Mitgliedsuniversitäten.

(3) Im Jahr 2015 führt die Universität Hannover die sonstigen Geschäfte der NTH und verwaltet deren Haushaltsmittel.“

Artikel 14  
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten

1. die Artikel 5 und 7 am 1. Juni 2015 und
2. die Artikel 6 und 8 am 1. Juni 2016

in Kraft.

Artikel 14  
Inkrafttreten

(1) *unverändert*

(2) Abweichend von Absatz 1 treten

1. die Artikel 5 und 7 am 1. Juni 2015 \_\_\_\_\_,
2. die Artikel 6 und 8 am 1. Juni 2016 **und**
3. **Artikel 13/1 am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes**

in Kraft.